

9. November 2006
68 Jahre nach der Reichspogromnacht **1938**



Kein Vergessen. Kein Vergeben.

**Solidarität mit den Opfern des
deutschen Antisemitismus
und Rassismus**

Donnerstag, 9. November 2006, 17 Uhr

**Gedenkkundgebung am
Mahnmal Levetzowstraße (Moabit)
anschließend
Antifaschistische Demonstration zum
Mahnmal auf der Putlitzbrücke**



Editorial

61 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Zerschlagung der NSDAP sitzen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen antisemitische und neonazistische Abgeordnete in den Landesparlamenten. Auch in Berlin ist die NPD in vier Bezirksverordnetenversammlungen vertreten. Die Notwendigkeit unserer Gedenkveranstaltung zum 9. November anlässlich des Jahrestages der Reichspogromnacht 1938 bleibt also bestehen.

Unsere Demonstration richtet sich gegen die deutschen Zustände, die Antisemitismus und Rassismus eher als Hindernis auf dem Weg zur geläuterten Nation, denn als das begreifen, was es ist – nackte brutale Aggression gegen Juden und Jüdinnen und Migranten und Migranten.

Wir hoffen, Euch am 9. November in Moabit zu sehen.

Antifaschistische Initiative Moabit (AIM)

Inhalt

Aufruf zum 9. Nov. 2006
>> Seite 2/3

Flucht aus Deportationszügen
>> Seite 4/5

11.000 Kinder mit der Reichsbahn in den Tod
>> Seite 6/7

Dürfen Hakenkreuze in die Tonne getreten werden?
>> Seite 8

Zum Wahlkampf der NPD
>> Seite 9

Antisemitismus und Rassismus in deutschen Fußballstadien
>> Seite 10

NS-Verherrlichung in Halbe stoppen
>> Seite 11

Niemand hat die Absicht, ein Ausreisecentrum zu errichten...
>> Seite 12

Infos & Termine
>> Seite 12

Impressum

AIM
Postfach 210 235, 10502 Berlin
a i m@gmx.de,
www.aim-berlin.de.vu

Unterstützende und aufrufende Gruppen:
Antifaschistischer Aufstand Köpenick (AAK), Antifa TU

V.i.S.d.P.:
M.Meier, Alt Moabit 25, 10555Berlin



Mahnmal für die ehemalige Synagoge in der Levetzowstraße

68. Jahrestag der Reichspogromnacht

Wir rufen auf zu einer Demonstration und Gedenkkundgebung

zum Andenken an die Opfer der Reichspogromnacht und des Holocaust.

Wir rufen auf zu einer Demonstration gegen Antisemitismus, Rassismus und Faschismus.

Mit unserer Veranstaltung erinnern wir an das Novemberpogrom von 1938.

Die gewaltsamen Ausschreitungen gegen Jüdinnen und Juden, die in einigen Teilen Deutschlands bereits am 7. November begannen, erreichten ihren Höhepunkt in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938.

Im ganzen Land zogen deutsche Nazis durch die Straßen, zündeten Synagogen an, schlugen Scheiben ein und plünderten jüdische Geschäfte; sie drangen in Betriebe und Schulen ein und zerstörten die Einrichtung; sie überfielen Juden und Jüdinnen in ihren Wohnungen und misshandelten, demütigten, vergewaltigten oder töteten sie sogar. Ungefähr 30.000 jüdische Männer wurden in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt. Hunderte von ihnen starben dort in den darauffolgenden Monaten an den Haftbedingungen, in Folge von Zwangsarbeit und Misshandlungen. Wer freigelassen wurde, musste versichern, Deutschland innerhalb kürzester Zeit zu verlassen und wurde gezwungen vorher sein Haus, sein Auto, seinen Betrieb oder sonstigen Besitz an das deutsche Reich abzutreten. Viele kehrten mit schweren körperlichen Schäden und jeder Existenzgrundlage beraubt in ihre vermeintliche Freiheit zurück.

Die bisher nicht gekannte Brutalität der Pogromnacht wirkte auf die noch in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden wie ein Schock. Auch diejenigen,

die bisher geglaubt hatten, sich irgendwie mit den zunehmenden Schikanen und Beschränkungen arrangieren zu können und so wenigstens nicht ihr Zuhause verlassen zu müssen, bemühten sich nun verstärkt um Ausreisemöglichkeiten. Bis zum Beginn der Deportationen 1941 gelang es immerhin zwei Dritteln der deutschen Juden, zu flüchten. Dennoch fielen einige von ihnen wenige Jahre später doch noch den Nationalsozialisten in die Hände. In Frankreich, in den Niederlanden, in zahlreichen Verstecken wurden sie von ihren Mördern eingeholt, deportiert und umgebracht.

In Berlin begannen die Deportationen am 18. Oktober 1941.

Der Bezirk Tiergarten spielte dabei eine entscheidende und unrühmliche Rolle. In der Moabiter Levetzowstraße befand sich eine der größten Synagogen Berlins, sie war das Spiegelbild der großen und vielschichtigen jüdischen Gemeinde des Bezirks Tiergarten. Auch diese Synagoge wurde in der Pogromnacht angezündet und beschädigt, eine weitere kleinere Synagoge im nahegelegenen Hansaviertel wurde bis auf die Grundmauern zerstört. Das beschädigte Synagogengebäude an der Levetzowstraße missbrauchten die Nazis ab 1941 als Sammellager für die zur Deportation bestimmten Jüdinnen und Juden. Mit Lastwagen wurden diese aus ihren Wohnungen abgeholt und mussten hier, zusammengepfercht in ihrer alten Synagoge, auf die Deportation warten.

Die bisher nicht gekannte Brutalität der Pogromnacht wirkte auf die noch in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden wie ein Schock. Auch diejenigen,

Anschließend wurden sie von der SS zu Fuß zum Deportationsbahnhof Putlitzstraße getrieben, quer durch Moabit, durch enge Wohngebiete und über große Straßenkreuzungen, am helllichten Tag, unter aller Augen. Bis 1945 wurden über 50.000 Berliner Juden und Jüdinnen deportiert, die wenigsten übersehen. Die ehemals so zahlreiche jüdische Gemeinde Tiergartens existierte faktisch nicht mehr. Die beschädigte Synagoge wurde 1956 abgerissen. Unsere Demonstration orientiert sich an dem Weg, den die Berliner Jüdinnen und Juden damals gehen mussten, vom Standort der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße, hin zum Deportationsmahnmal auf der Putlitzbrücke.

„Der 9. November 1938 muss ein Stolperstein im deutschen Kalender bleiben.“ forderten die Vorsitzenden der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), Heinrich Fink und Werner Pfennig in einer Erklärung zum 9. November 2005.

Dass er das bleibt, genau dazu soll auch unsere Veranstaltung weiterhin beitragen.

Hemmungen fallen

Schon ein Jahr nach dem 60. Jahrestag zeigt sich wie wenig selbstverständlich ein Gedenken an die NS-Verbrechen ist. Die Notwendigkeit zur Rücksichtnahme auf Überlebende und Ausland scheint verflogen zu sein und die Inhalte verschwimmen. Bei den jährlichen Feierlichkeiten zur Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen sprach als offizieller Vertreter der brandenburgischen Landesregierung ausgerechnet Innensenator Jörg Schönbohm (CDU). Der war zwar nicht eingeladen, war aber als Vertretung für den erkrankten Matthias Platzeck entsandt worden. In seiner Rede vor Überlebenden des Konzentrationslagers gedachte er ausdrücklich auch der Insassen des sowjetischen Internierungslagers, das sich nach 1945 auf dem selben Gelände befand. Laut Tagesspiegel sagte Schönbohm: „Es wäre ungerecht, hier in Sachsenhausen aber nicht auch der Menschen zu gedenken,

Kein Vergessen – Kein Vergeben

So ist unsere Veranstaltung zum 9. November fast immer überschrieben.

Das „Kein Vergessen“ war die treibende Kraft derjenigen, die das hartnäckige Schweigen und Verdrängen im Nachkriegsdeutschland zu durchbrechen versuchten. Allzu oft waren es die Überlebenden selbst, mit einigen UnterstützerInnen, die sich gegen die Entsorgung der Geschichte und den großen Schlussstrich unter die Vergangenheit, unter ihre Vergangenheit, zur Wehr setzten. Sie haben damit verhindert, dass Ruhe einkehrt im Land der Täter, sie waren unversöhnlich und unbequem und ihnen ist es zu verdanken, dass ein einfaches Totschweigen und Vergessen so nicht mehr möglich ist. Doch

die nach 1945 hier eingesperrt waren, ebenso rechtlos wie die KZ-Opfer. Auch nach 1945 wurde hier weiter gefoltert und getötet, starben Menschen an den furchtbaren Verhältnissen im sowjetischen Speziallager. (...) An sie muss deshalb um so nachdrücklicher erinnert werden, da ihrer über 40 Jahre lang an diesem Ort überhaupt nicht gedacht wurde. (...) Sie als Überlebende des Konzentrationslagers werden sicherlich besonders gut empfinden können, was das bedeutet, nämlich eine andauernde Verhöhnung der Opfer über ihr körperliches und seelisches Leiden, ja über ihren Tod hinaus.“

Eine solche Rede vor Überlebenden des Konzentrationslagers zu halten ist nicht nur einfach unverschämte und respektlos. Viele Gefangene des sowjetischen Speziallagers waren ehemalige Folterer und Mörder aus dem KZ. Von den anwesenden Überlebenden deren Ehrung zu verlangen ist eine vorsätzliche Beleidigung und lässt nicht nur Rückschlüsse auf die Gesinnung des Redners zu, sondern gibt auch einen Vorgesmack auf die Entwicklung, die die deutsche Geschichtspolitik in den kommenden Jahren nehmen könnte.

Dass es sich dabei nicht um eine einzelne „Entgleisung“ handelt, zeigt ein Vorfall in Weimar wenige Monate später.

Auf dem Weimarer Kunstfest sorgte der stellvertretende Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Hermann Schäfer, für einen ähnlichen Eklat. In seinem Grußwort zum traditionellen Eröffnungskonzert „Gedächtnis Buchenwald“, das den Opfern des Konzentrationslagers gewidmet ist und zu dem immer auch Überlebende anreisen, erwähnte er diese mit keinem Wort und referierte stattdessen über das

Leid der deutschen Vertriebenen. Nach ersten Unmutsäußerungen aus dem Publikum wurde Schäfer schließlich durch Pfiffe, Klatschen und Buhrufe dazu gezwungen seine Rede abzubrechen. Er versuchte sich später damit zu entschuldigen, dass „Buchenwald eben nicht sein Spezialgebiet“ sei und das das Thema „Flucht und Vertreibung“ außerdem so von der Leiterin des Kunstfestes, Nike Wagner, vorgegeben worden sei. Diese dementierte umgehend und stellte klar, dass in der Einladung Buchenwald explizit genannt gewesen sei und das Wörtchen „Vernichtung“ hatte Schäfer wohl auch übersehen. Wagner bescheinigte ihm Realitätsverlust und, dass er das Thema des Abends „auf grausame Weise“ verfehlt habe. Gedenkstättenleiter Volkhard Knigge äußerte sich ähnlich und sprach von einem Skandal. Er habe noch nie so fassungslose Reaktionen von Überlebenden bekommen.

Dabei kritisierte Knigge vor allem das politische Signal, das von der Rede ausgehen könnte. Schäfers Äußerungen hätten bei Opfern des NS-Konzentrationslagers Wunden geschlagen. Knigge forderte von der Bundesregierung eine Klarstellung ihres Geschichtsbildes, andernfalls müsse man Schäfers Rede als Richtungswechsel in der inhaltlichen Ausrichtung der offiziellen Erinnerungspolitik verstehen.

Vertriebene Erinnerung

Ausschlaggebend für die Themenwahl des Redners waren wohl auch nicht irgendwelche Vorgaben, sondern dessen tatsächliches Spezialgebiet. Schäfer ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“. Die Ausstellung „Flucht. Erinnerung. Vertreibung.“, die in diesem Jahr im Deutschen Historischen Museum in Berlin

zu sehen war, ist unter Schäfers Leitung als Präsident der Stiftung des Bundesmuseum „Haus der Geschichte“ in Bonn entstanden.

Dass in seinem Kopf bei den Worten Flucht und Vertreibung nur Deutsche vorkommen, ist daher zwar nicht verwunderlich, steht aber auch symptomatisch für eine Akzentverschiebung innerhalb der deutschen Erinnerungspolitik vor allem beim Thema Flucht und Vertreibung.

Die Vertriebenenverbände haben die Zeichen der Zeit richtig erkannt. Parallel zu der offiziellen Ausstellung haben sie ihre eigene Ausstellung „Erzwungene Wege“ gezeigt. Diverse Vertreibungsgeschichten des letzten Jahrhunderts werden hier aneinander gereiht. Der Völkermord an den Armeniern, das Schicksal der Jüdinnen und Juden in Deutschland, die ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugoslawien und eben die Umsiedlung der Deutschen aus Polen und Tschechien nach dem 2. Weltkrieg. Die historischen Hintergründe der einzelnen Ereignisse fallen weitgehend unter den Tisch, Ursache und Wirkung werden ausgeblendet. Die „deutschen Vertriebenen“ reihen sich selbst ein in eine allgemeine Opfergeschichte des 20. Jahrhunderts.

In ihrer Ausstellung stellen sie damit alle Opfergruppen in den Dienst ihres eigenen Anliegens, nämlich ein sogenanntes „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zu errichten.

Ebenso wie in der Rede von Schäfer wird in der Ausstellung der Verfolgung der Jüdinnen und Juden in Deutschland keine besondere herausgehobene Bedeutung beigemessen, sie erscheinen als eine Opfergruppe unter vielen, deren Schicksal eben nicht irgendwie einzigartig ist. Damit



Deportationsmahnmal an der Putlitzbrücke

wird die Vernichtung der europäischen Juden und Jüdinnen banalisiert und der Holocaust relativiert.

Mit dieser Weltsicht liegen sie durchaus im Trend. In den letzten Jahren hat die Erinnerung an den Nationalsozialismus eine neue Ausrichtung erfahren. Lauthals wird über das deutsche Leid geredet, das bisher angeblich immer verschwiegen wurde. Die ganz normalen Deutschen erscheinen nur noch als Opfer. Sie waren Opfer der Bombardierungen, der Umsiedlungen, der Entnazifizierung, der Kriegsgefangenschaft, der Teilung und der Nazis. Täterinnen dürfen im Fernsehen zur besten Sendezeit als „Zeitzeugen“ sprechen, denen mitleidend zugehört wird. Die Schuld von Nazideutschland und seiner Bevölkerung zerfällt in lauter individuelle Leidenschicksale. Die Täter werden postum wieder eingemeindet in die deutsche Schicksalsgemeinschaft.

„Nie Wieder“

„Kein Vergeben“ lautet der zweite Teil unserer Parole. Die Wieder-Eingemeindung der Täter bedeutet auch, ihnen zu vergeben. Genau dieser Versöhnung mit den Tätern müssen wir uns mit antifaschistischer Unversöhnlichkeit entgegenstellen. „Kein Vergeben“ bedeutet für uns, den von Adorno formulierten Imperativ „Denken und Handeln so einzurichten, dass sich Auschwitz nicht wiederhole, nichts ähnliches geschehe“ einzulösen. Davon sind wir weit entfernt.

In auffälligem Kontrast zu dem offiziell geläuterten und geschichtspolitisch bewussten Deutschland stehen die zum Teil zweistelligen Wahlergebnisse für die NPD in Bundesländern wie Sachsen oder Mecklenburg-Vor-

pommern, aber auch in einigen Stadtteilen von Berlin. Während deutsche Politiker staatsmännisch auf Gedenkveranstaltungen in ganz Europa herumstehen, hat sich in mancher dörflichen Gemeinde zu Hause eine feste nationalsozialistische Mainstream-Jugendkultur etabliert.

Auffällig ist auch der Kontrast zwischen dem öffentlichen Bekenntnis gegen jeden Antisemitismus und der andauernden Unterstützung antisemitischer Regimes im Nahen Osten. Deutschland nutzt seine traditionell guten Beziehungen zu den islamischen Ländern des Nahen Ostens um seinen Einfluss in der Region zu stärken. Der „kritische Dialog“ mit dem Iran wird auch nach dem öffentlichen Leugnen des Holocaust durch Präsident Achmedinejad, dessen offensichtlicher Unterstützung der Hisbollah in ihrem Krieg gegen Israel und einem antisemitischen Karikaturen-Wettbewerb in der Teheraner Zeitung „Hamschahri“ aufrecht erhalten und das wirtschaftliche Engagement ausgebaut. Wenn die Bundeswehr nun mit ein paar Kriegsschiffen vor der libanesischen Küste patrouilliert um angeblich Israel zu schützen, so stellt sich die Frage, ob die Kündigung des einen oder anderen Wirtschaftsvertrages nicht eine effektivere und ehrlichere Unterstützung gewesen wäre.

Auch Teilen der deutschen Friedensbewegung fiel während des Krieges zwischen Israel und der Hisbollah nichts besseres ein, als gemeinsam mit Gruppen zu demonstrieren, die keinen Hehl daraus machen, dass sie Israel eigentlich lieber von der Landkarte streichen wollen. Dass die vorgeblichen Friedensdemonstrationen eher Aufrufe zum Krieg waren, schien nicht zu stören. Wer sich mit Antisemiten gemein macht und hinter Parolen oder Transparenten wie „Tod Israel“ oder „Intifada bis zum Sieg“ herläuft, führt sein eigenes Engagement ad absurdum.

„Eine neue Welt des Friedens und der Freiheit“ wie sie Überlebende des Konzentrationslagers Buchenwald 1945 in ihrem Schwur gefordert haben, sieht anders aus.

Wir müssen den Jüdinnen und Juden in Deutschland, in Israel und in der ganzen Welt unsere Solidarität versichern. Denn sie trifft der Antisemitismus, ihnen gelten die Anschläge und sie werden bedroht.

„Es ist geschehen, also kann es wieder geschehen“, konstatierte Primo Levi.

Dafür zu sorgen, dass es nicht wieder geschieht, ist jetzt unsere Aufgabe.

11.000 jüdische Kinder mit der Reichsbahn in den Tod mit der Bahn AG und Mehdorn ins Vergessen

Nach der Reichspogromnacht im November 1938 deportierten die Nazis tausende Juden in eilig errichtete Konzentrationslager und später polnischstämmige Juden ohne deutschen Pass an die deutsch-polnische Grenze, um sie nach Polen auszuweisen, das die deutsche Wehrmacht kurz danach überfallen und besetzen sollte. Auf diese Erfahrungen konnte die Deutsche Reichsbahn zurückgreifen, als sie wenige Jahre später zum größten Logistiker der NS-Massenverbrechen wurde. Insgesamt drei Millionen Menschen aus fast sämtlichen Staaten Europas wurden während der deutschen NS-Herrschaft auf dem Schienenweg in Konzentrations- und Vernichtungslager transportiert. Die Ziele der Todestransporte hießen Auschwitz, Bergen-Belsen, Treblinka, Sobibor.

Unter den deportierten und ermordeten Menschen befanden sich zahllose Kinder. Niemand weiß, wie viele von ihnen ermordet wurden, weil sie Juden oder Sinti und Roma waren. Nur in Frankreich ist eine genaue jüdische Kinder, die die Deutsche Reichsbahn mit Viehwaggons in die Vernichtungslager transportierte. Kaum eines dieser Kinder kehrte zurück.

600 von ihnen waren Kinder deutscher und österreichischer Emigranten. Auf dem Weg in die Vernichtungslager führen viele von ihnen durch die Bahnhöfe ihrer Heimatorte. Deportationsprotokolle, die der französische Historiker Serge Klarsfeld in mehrjähriger Arbeit rekonstruierte, erlauben mittlerweile eine genaue Identifizierung der Opfer aus Berlin, Hamburg, Leipzig, Köln, Wuppertal, Karlsruhe, Weimar und weiteren deutschen Städten wie Bonn, Darmstadt, Duisburg, Hachenburg, Plauen, Rust, Tiengen oder Worms. Sie waren mit ihren Eltern nach Frankreich geflohen, die Wehrmacht holte sie dort ein.

Vier Reichspfennige pro Kilometer

Die Deportationsopfer hatten für die Sammeltransporte auf dem deutschen Schienennetz vier Reichspfennige pro Kilometer zahlen müssen; Kinder wurden mit zwei Pfennigen belastet. Die entsprechenden Beträge zog das Deutsche Reich u.a. bei den jüdischen Gemeinden der Deportierten ein und verteilte anschließend Millionensummen an die "Reichsbahn". Aus dem betrieblichen Vermögensstock und dem Zinseinkommen bedienten sich sämtliche "Reichsbahn"-Nachfolger. Auch die heutige Bahn AG profitiert von den Deportationsgeldern. "Nach den Menschen verschob die Reichsbahn das Hab und Gut der Deportierten in zehntausenden Waggonladungen quer durch den Kontinent", berichtet Prof. Dr. Wolfgang Dreßen. "Dabei wurden Millionenvermögen gestohlen, aber niemals zurückgegeben."

Die Organisation Fils et Filles des Deportés Juifs de France/FF-DJF (Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs) mit ihrer Repräsentantin Beate Klarsfeld will nun schon seit über 2 Jahren eine Ausstellung mit Fotos der Kinder auch im Land der Täter, auf deutschen Bahnhöfen zeigen, so wie es in Frankreich mit Unterstützung der französischen Bahn SNCF drei Jahre lang geschah. Darüber hinaus wollen Überlebende der "Reichsbahn"-Deportationen in die Konzentrationslager des NS-Regimes juristische Schritte gegen den heutigen Unternehmensvorstand der Deutschen Bahn AG prüfen.

Die Deutsche Bahn AG, die Nachfolgerin der Deutschen Reichsbahn und damit Nutznießerin dieses mörderischen Geschäfts, weigert sich jedoch entschieden der Erinnerung an das Schicksal der ermordeten Kinder Raum zu geben und damit ihre Mitschuld am Mord von Millionen Menschen einzugestehen.

Waren die Todestransporte während des Nationalsozialismus ein millionenschweres und sicheres Geschäft für seine Vorgänger, wird die Erinnerung an die Mordtaten Herrn Mehdorn nun zum Umsatzrisiko. Wie für alle großen deutschen Unternehmen war der Nationalsozialismus für die Reichsbahn eine sehr profitable Zeit. Mit den Gewinnen und Investitionen wurde oft der Grundstein gelegt für ein profitables Nachkriegsgeschäft.

Das Gedenken soll aus den Museen heraus geholt werden

In Frankreich wurden während drei Jahren Ausstellungen auf 18 Bahnhöfen gezeigt. Viele tausend BesucherInnen, Bahnreisende aus dem In- und Ausland, 1000er Schulklassen besuchten die Ausstellung an den Orten, den Stationen des Verbrechens. Doch an der deutschen Grenze bricht die Erinnerung abrupt ab.

Beate Klarsfeld erklärt dazu: „Die Ausstellung wurde in 18 Bahnhöfen gezeigt, jeweils drei Wochen lang. Die Reaktionen waren sehr, sehr gut, denn das Publikum war eigentlich nicht vorbereitet. Normalerweise gibt es in den Eingangshallen der Bahnhöfe einen Zeitungs- und einen Süßigkeitsladen, doch dann war da auf einmal eine Ausstellung über deportierte Kinder aus Frankreich. Viele Menschen haben diese Kinder gesehen, und als sie den Text darunter lasen, war ihnen klar, dass es jüdische Kinder waren, die an dem und dem Tag mit dem und dem Transport von irgend einem Ort in Frankreich nach Auschwitz deportiert und dort vergast wurden. Wenn man diese lächelnden Kinder sieht, dann fragt man sich: Wie kann so etwas möglich sein? Wie konnte man diese Kinder deportieren und vergasen? Das sind genau die Reaktionen, die man heute bei Jugendlichen anregen muss. Was können sie tun, dass so etwas nie wieder vorkommt, dass sie gegen Rassismus und Antisemitismus kämpfen? Wenn

man ihnen zeigt: So sahen diese Kinder aus - das ist die beste Lektion, die man überhaupt geben kann.“ (Interview der Deutschen Welle 10.04.2006)

Ein Logistiker des Holocaust

Die Bahn AG lehnt eine vergleichbare Ausstellung jedoch kategorisch ab. Man habe kein Geld und man könne in Deutschland nicht für die Sicherheit der Ausstellung auf öffentlichen Bahnhöfen garantieren. Entscheidend wäre aber, betont die Bahn, dass sie eben nicht Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn sei und deswegen könne und wolle sie nicht mit den Deportationen in Verbindung gebracht werden. Hier wird natürlich vor allem eventuellen Entschädigungsforderungen vorgebaut.

Dabei bestreitet die Bahn gar nicht, dass die Reichsbahn „ein Logistiker des Holocaust“ war, wie die Unternehmenshistorikerin Susanne Kill es formuliert. Doch das „Privatunternehmen Deutsche Bahn“ habe mit diesem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte nichts zu tun.

Beate Klarsfeld hingegen merkt an, da die Züge der Bahn AG heute noch über das gleiche Schienennetz führen, könne eine Mitverantwortung für die Erinnerung doch nicht ganz von der Hand gewiesen werden. 40.000 Euro würde die Erstellung der Ausstellung kosten, das müsse die Bahn AG doch aufbringen können. In Frankreich ist es der dortigen Bahn gelungen für die Sicherheit zu sorgen, das müsse doch wohl auch in Deutschland möglich sein.

Man werde nach Möglichkeiten suchen die Ausstellung außerhalb von Bahnhöfen zu zeigen lautete ein erstes Angebot der Bahn AG, z.B. im Eisenbahnmuseum.

Dies aber läuft dem Konzept der Initiatorinnen diametral zuwider. Denn ihnen geht es ja

gerade darum, das Gedenken aus dem Museum herauszuholen. Anstelle der 200.000 Besucher, die jedes Jahr ins Museum kommen, könnte man auf deutschen Bahnhöfen ein Massenpublikum erreichen, darunter vor allem auch solche Menschen, die nicht aus freien Stücken Gedenkstätten besuchen. Das Gedenken an die Opfer des Holocaust würde so ganz unaufdringlich mitten im Alltag stattfinden, sagte dazu Beate Klarsfeld.

Der Druck auf die Deutsche Bahn AG steigt

Um das Vorhaben der "Fils et Filles des Deportés Juifs de France" zu unterstützen, hat sich in Deutschland ein breiter UnterstützerInnenkreis gebildet. In zahlreichen deutschen Städten, vor und in Bahnhöfen hat es seit 2005 öffentlichkeitswirksame Aktionen gegeben. In mehreren süddeutschen Städten wurden Ausstellungen zu dem Anliegen gezeigt,

Mehrere Gewerkschaften und die Bundestagsfraktionen von SPD und Linkspartei unterstützen das Anliegen. Immer wieder haben sich deutsche Städte, so beispielsweise Saarbrücken oder Weimar, darum bemüht, die Ausstellung auf ihren Bahnhöfen zeigen zu können. Auch deutsche Historiker appellierten in einer gemeinsamen Aktion an die Bahn, die Ausstellung an Ort und Stelle zu zeigen.

In einem Interview mit der Jüdischen Allgemeinen forderte Verkehrsminister Tiefensee (SPD) von Bahnchef Mehdorn, den Boykott der Ausstellungsinitiative aufzugeben. Der Zentralrat der Juden in Deutschland schloss sich der Forderung an. Auch zahlreiche Bundestagsabgeordnete von SPD, Die Linke.PDS und selbst der CDU verlangten ein Ende des Gedenkverbots. Die Bundesregierung erklärte, sie begrüße das Gedenken. Anfang Juli schien es, als ob Mehdorn dem Druck nachgeben

müsste, im Verkehrsministerium wurde zu Gesprächen geladen.

Doch das Treffen, das durch Vermittlung von Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee zwischen Vertretern der Deutschen Bahn, des Zentralrates der Juden und den Initiatorinnen im Juli dieses Jahres vereinbart worden war, ließ die Bahn kurzfristig platzen. Am 26.September scheiterte ein zweites Treffen im Verkehrsministerium von Wolfgang Tiefensee, da der Bevollmächtigte des Bahnvorstands, Herrmann Graf von der Schulenberg, wiederum nicht erschien.

Aktionen „überall dort, wo die Deportierten ihre letzte Reise antreten mussten.“

Teilnehmer der bundesweiten Aktionskonferenz rufen nun zu bundesweiten Veranstaltungen im Umfeld des 9. November (Reichspogromnacht) auf, "überall dort, wo die Deportierten ihre letzte Reise antreten mussten. Der Boykott der Bahn AG wird uns nicht davon abhalten, das Gedenken gegen alle Widerstände durchsetzen - auf den Bahnhöfen und entlang der Todesstrecken." verkündete ein Pressesprecher der Initiativen.

Dabei sollen die Bahnreisenden nicht nur an den Knotenpunkten der früheren Todestransporte, sondern auch auf den Deportationsstrecken umfassend informiert werden. Auch an grenzüberschreitende Zugläufe sei gedacht. Aktionen zu Erinnerung an die verschleppten Reichsbahn-Opfer kündigen Initiativen in den Regionen Hamburg, Köln, Frankfurt am Main, Mannheim, Karlsruhe, Weimar und Leipzig an.

Die von der Deutschen Bahn AG boykottierte Ausstellung wird inzwischen von städtischen Einrichtungen in der gesamten Bundesrepublik eingeladen - in einer reduzierten und mit Eigenmitteln ausgestalteten Version. Neben Leipzig haben Veranstalter

in Potsdam, Pforzheim, Eutin und Delmenhorst angefragt, ob eine leihweise Präsentation der Exponate möglich ist. Bei den Ausstellungsgegenständen handelt es sich vor allem um Fotos und letzte Briefe der Kinder, die sie auf die Gleise der Deutschen Reichsbahn warfen.

Auch wir möchten diese Kampagne unterstützen und hoffen, dass unserer Veranstaltung zum 9. November ein Auftakt für weitere Aktivitäten in Berlin sein wird.

Wir fordern die Deutsche Bahn AG auf, ihre Bahnhöfe für die Ausstellung zu öffnen und die Ausstellung zu finanzieren.

Wir fordern die deutsche Bahn AG auf, die Opfer der Reichsbahn-Deportationen zu entschädigen

Antifaschistische Initiative Moabit im Oktober 2006

Ausführliche Informationen gibt es unter: www.german-foreign-policy.com/de/extra/11000kinder/berichte.php

Kontakt: zur Kampagne: elftausendkinder@web.de



Die Geschwister Renée und Mireille Mandelbaum waren 12 und 11 Jahre alt. Sie lebten in Paris, wo sie von den Eltern getrennt und mit dem Transport Nr. 24 am 26. August 1942 deportiert wurden.



Lina und Philippe Taksen waren 11 und 13 Jahre alt als sie mit ihrer Familie mit dem Transport Nr 60 am 7. Oktober 1943 aus Paris deportiert wurden.



Marianne Lang wurde in Lunéville geboren. Sie war 13 als sie am 13. April 1944 mit dem Transport Nr. 71 deportiert wurde.



Paul Sternberg wurde keine 8 Jahre alt, als er am 9. Februar 1943 mit Transport Nr. 46 deportiert wurde. Er kam aus Wien.



Joseph Silberberg war 15 Jahre alt als er deportiert wurde. Er wurde 1926 in Charleroi geboren. Sein älterer Bruder Benjamin wurde 1924 in Longwy geboren und war 17 Jahre alt. Beide wurden am 4. September 1942 mit dem Transport Nr. 28 deportiert.



Ruth Mentzel wurde 12 Jahre alt. Sie wurde in Berlin geboren und in Toulouse verhaftet. Mit dem Transport Nr. 77 fuhr sie am 31. Juli 1944 in den Tod.



Max und Henri Goldberg lebten in Paris, ihrem Geburtsort. Henri war 11, Max wurde beinahe 8 Jahre alt, als sie mit ihrer Mutter Rywka am 19. August 1942 Transport Nr.21 deportiert wurden.



Esther Landsberg war 9 Jahre alt als sie am 31. Juli 1943 mit dem Transport Nr. 58 deportiert wurde.



Beatrice Mazalto war 15 Jahre alt. Sie kam aus Paris und wurde am 20. Mai 1944 mit dem Transport Nr. 74 deportiert. Sie starb an Typhus in Bergen-Belsen, nachdem sie den Todesmarsch überstanden und die Befreiung des Lagers erlebt hatte.



Claude Grungrass war 11 Jahre alt als er am 31. Juli 1943 gemeinsam mit seinen Eltern im Transport Nr. 58 aus Paris deportiert wurde.



David Nasselsky war 14 Jahre alt. Er wurde in Paris geboren. Der Transport Nr. 20 am 17. August 1942 führte ihn in den Tod.



Angèle Eskenazi war 15 und ihr Bruder Roger 13 Jahre alt. Sie lebten in Marseille, und starben in Auschwitz, deportiert mit dem Transport Nr. 59.



Régine Hajman war 15 Jahre alt und wohnte in Paris. Sie wurde mit dem Transport Nr. 31 am 11. September 1942 deportiert.



Die Jüngere auf dem Photo, Salomé Selinger, geboren in Metz, war 10 Jahre alt. Sie wurde in Mouthiers en Charente arretriert und mit dem Transport Nr. 40 am 4. November 1942 deportiert. Sie steht an der Seite ihrer älteren Schwester Mina, die der Deportation entkam.



Adolf Schonek war 14 Jahre alt als er mit dem Transport Nr. 8 am 20. Juli 1942 deportiert wurde. Er war in Berlin geboren worden und wurde mit seiner Familie in Angers verhaftet.

Bevölkerung zumindest latent antisemitisch eingestellt sind." Mitglieder des FDP-Ortsverbandes Tegel/Hermisdorf beschuldigen ihren Vorstand des Rassismus. Das berichtete die Berliner Morgenpost am 27. Januar. Das FDP-Mitglied Udo Hagemann sagte, er sei vom Vizevorstand Mattias Kaledin am Telefon als

„jüdischer Großkotz“ bezeichnet worden. Die Ortsverbandsvorsitzende Ulla Neidt soll gesagt haben: „Juden und Araber werden wir nicht aufnehmen.“ Die beiden Beschuldigten dementieren. Unbekannte beschrifteten das jüdische Mahnmal auf der Putzlitzbrücke in Berlin-Moabit. Eine Streife der Polizei entdeckte am 2. Februar einen unleserlichen Schriftzug.

Am 3. Februar wurden antisemitische Schmierereien im Berliner Stadtteil Lichtenberg entdeckt. Nachdem eine Anwohnerin antisemitische Parolen an mehreren Hauswänden in der Schottstraße gemeldet hatte, fanden Polizeibeamte weitere Schriftzüge in der Gotlindstraße, der Siegfriedstraße und der Ruschestraße.

Wie der Tagesspiegel am 5. Februar berichtete, sind in Berlin in den vergangenen Wochen mehrfach Flugblätter mit rechtsextremem oder antisemitischem Inhalt aufgetaucht. Die zweiseitigen Pamphlete seien nach Angaben der Polizei vor allem im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf in die Briefkästen geworfen worden. In den an den israelischen Botschafter gerichteten Schreiben werde der Bun-

despräsident Horst Köhler als „Köter“ bezeichnet und gefragt, ob er am Massenmord an den Juden im Zweiten Weltkrieg beteiligt gewesen sei. Als Absender sei ein „Minister für auswärtige Angelegenheiten des Freistaats Sachsen“ genannt. Die angegebene Webadresse war bis vor kurzem eine von vielen der so genannten Kommissarischen Reichsregierung, die rechtsextremistischen Kreisen zuge-

ordnet wird. Sie behauptet, das Deutsche Reich existiere nach wie vor.

Unbekannte beschrifteten am 13. Februar im Berliner Stadtteil Lichtenberg Stromkästen und Häuserwände mit antisraelischen Parolen und Hakenkreuzen.

Ein Passant entdeckte am Morgen des 14. Februar Schmierereien an ei-

ner Gedenktafel für den während der Zeit des Nationalsozialismus ermordeten Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinrich Stahl. Die Schriftzüge an Stahls Geburtshaus im Stadtteil Rudow haben nach Angaben der Polizei keinen politischen Inhalt.

Eine Passantin entdeckte am Strausberger Platz in Berlin-Friedrichshain eine Geschichtstafel, die

mit einem roten Davidstern beschriftet wurde, berichtete der Tagesspiegel am 20. Februar.

In Berlin-Moabit schmierten Unbekannte am 11. März antisemitische Parolen an das Mahnmal für die ehemalige Synagoge. Am selben Tag wurde auch das Mahnmal für die Synagoge am Lindenufer in Spandau beschriftet.

In Oberkirchen (Niedersachsen) schmierten am 21. März Unbekannte Hakenkreuze an drei Grabsteine auf einem jüdischen Friedhof, berichtete die Schaumburger Zeitung. Am selben Tag platzierten Unbekannte Aufkleber mit rechtsextremem Inhalt und ein Rudolf-Hess-Plakat am Stadtmuseum. Zu schweren Ausschreitungen kam es in Hamburg nach der Regionalliga-

partie zwischen dem FC St. Pauli und dem Chemnitzer FC am 1. April. Während der Begegnung hatten Anhänger aus Chemnitz rassistische und antisemitische Parolen wie „Galatasaray, wir hassen die Türkei“ oder „Wir bauen eine U-Bahn, von St. Pauli bis nach Auschwitz“ skandiert. Ein Chemnitzer Fanbeauftragter erklärte nach dem Spiel, es habe sich um „15 bis 20 Anhänger“ gehandelt, die „auswärts nur mitfah-

Dürfen Hakenkreuze in die Tonne getreten werden?

Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz – einig gegen antifaschistische Symbole



Während die NPD von Wahlerfolg zu Wahlerfolg eilt und im Vorfeld mit ihrer faschistischen Propaganda ganze Städte und Landstriche überzieht, rechtsradikale Gewalttaten noch einmal sprunghaft ansteigen, sorgen sich deutsche Polizisten, Staatsanwälte und Richter darum, dass Hakenkreuze aus der Öffentlichkeit verschwinden. Ein Mailorder-Versand wird durchsucht, Plakate werden abgehängt und beschlagnahmt. In Berlin wird ein junger Mann aus einer Demonstration verhaftet, weil er ein T-Shirt mit gewaltverherrlichender Symbolik trägt. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Bei allen Vorfällen waren aber mitnichten Nazis betroffen sondern im Gegenteil AntifaschistInnen,

Der Mailorder-Versand „NIX GUT“ vertreibt T-Shirts und Sticker mit durchgestrichenen oder zerschlagenen Hakenkreuzen, die beschlagnahmten Plakate stammten von der VVN-BdA Stade und der Grünen Jugend und der junge Berliner trug auf einer Antifa-Demonstration einen Aufnäher mit dem Schriftzug „Good Night White Pride“ (Gute Nacht weißer Stolz) auf dem Pullover.

Der „NIX GUT“ Betreiber wurde zu einer Geldstrafe von 3.000 EURO wegen Verbreitung verfassungsfeindlicher Symbole verurteilt. Das Ermittlungsverfahren in Stade wurde jedoch eingestellt. Die NPD in Stade wird sich jedoch trotzdem gefreut haben, waren die Plakate doch bei einer Aktion gegen eine ihrer Wahlkampfveranstaltungen genutzt worden, bei der die Polizei, wie schon beschrieben, zu ihrer Unterstützung eingriff.

In Berlin werden laut Staatsanwalt Raupach als Anti-Nazi-Symbole genutzte Hakenkreuze

nicht verfolgt, was ihn aber nicht daran hindert in zehn Verfahren prüfen zu lassen, ob es sich bei dem Emblem „Good Night White Pride“ um ein strafrechtlich relevantes Bekenntnis handelt.



Das Symbol „Good Night White Pride“ entstand als Antwort der deutschen Hardcore-Szene auf die Versuche von Neonazis, in bisher vornehmlich linken oder unpolitischen Subkulturen Fuß zu fassen. Musiker und Plattenläden schlossen sich vor einigen Jahren zu einer gleichnamigen Kampagne zusammen. Die Initiatoren haben das dazugehörige Logo patentrechtlich nicht schützen lassen. Jeder kann damit Plakate, CDs oder T-Shirts bedrucken.

Wir fordern die sofortige Einstellung aller Ermittlungsverfahren.

Wir solidarisieren uns mit den kriminalisierten AntifaschistInnen und hoffen die kriminalisierten Symbole tausendfach über all zu sehen. Wir werden bei ihrer Verbreitung fleißig mit helfen!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

*Informative Links:
Soli-Seite für „NIX GUT“
<http://www.dagegen-bleiben.de/>*

*Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.
<http://www.vvn-bda.de>*

Dokumentation

05.10.2006 - Pressemeldung des VVN

VVN-BdA BaWü kritisiert Hakenkreuz-Urteil: „Bekenntnis zum Grundgesetz strafbar?“

„Das Landgericht Stuttgart hat das Kunststück fertig gebracht, das Bekenntnis zum Grundgesetz unter Strafe zu stellen,“ erklärte Werner Pfennig, Bundesvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten zum Skandalurteil gegen die Verbreitung von eindeutig gegen nazistische und faschistische Umtriebe gerichteten Symbolen.

Das Grundgesetz nämlich verpflichtete insbesondere die Amts- und Mandatsträger aber auch die Bürgerinnen und Bürger zur Zurückweisung aller faschistischen und neofaschistischen Ansätze. Das gehe nicht nur aus Artikel 139 GG hervor, der die Gültigkeit der entsprechenden alliierten Nachkriegsgesetze zur Befreiung von Faschismus und Militarismus bestätigt, sondern aus dem gesamten Geist der demokratischen Grundrechte, wie z.B. auch des Diskriminierungsverbotes und des Verbots eines Angriffskrieges.

„Wer immer, mit welchen gewaltfreien Mitteln auch immer sich gegen Nazis, Holocaustleugner und faschistisches Gedankengut wendet, handelt im Sinne des Grundgesetzes und verteidigt es.“, betonte Pfennig. Das Landgericht Stuttgart stelle den Inhalt des Grundgesetzes und das gesamte Rechtsstaatsprinzip auf den Kopf, wenn es nun eine Strafrechtsbestimmung, die faschistische Propaganda verhindern will, zum Verbot antifaschistischer Betätigung uminterpretiert. „Es ist schon schlimm genug, dass es in vielen Gegenden regelrecht Mut braucht, sich zum antifaschistischen Auftrag des Grundgesetzes und zum Widerstand gegen Neofaschisten zu bekennen, weil man dort leicht Gefahr läuft von Neofaschisten zu Tode geprügelt zu werden. Aber unerträglich wird es, wenn solcher Mut oder auch nur die Zivilcourage zum antifaschistischen Bekenntnis zur strafbaren Handlung erklärt werden.“

Während Antifaschismus zur Straftat wird, erhalten die Nazis wie einst ihren Persilschein, wie zuletzt das gescheiterte und bisher nicht wieder auf-

genommene Verbotungsverfahren gegen die NPD zeigt. Pfennig brachte die öffentliche Empörung über dieses Urteil auf den Punkt: „Ein Staat, der über solche Staatsanwälte, Richter und Behörden verfügt, braucht sich um andere Gefahren für die Demokratie keine Sorgen mehr zu machen,“ rief er aus.

Dass es auch anders geht, haben gerade in den letzten Monaten andere Richter in Verfahren um die selbe Sache gezeigt: So wurde die Verurteilung eines Tübinger Studenten wegen eines durchgestrichenen Hakenkreuzes vom Landgericht Tübingen wieder aufgehoben. Das Verwaltungsgericht Stuttgart gab der VVN-BdA in mehreren Klagen gegen Ordnungsämter und das Land Baden-Württemberg recht, die versucht hatten die Verbreitung der durchgestrichenen Hakenkreuze per verwaltungsrechtlicher Anordnung zu verbieten.

Es sei kein Zufall, so Pfennig, dass die Staatsanwaltschaft Stuttgart nun versuche im Prozess gegen den Geschäftsführer eines Punk-Versandes, der nicht über den Rückhalt einer größeren politischen Organisation verfügt, die bestehende Rechtsprechung umzudrehen und antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren.

An die VVN-BdA, ver.di, die IG Metall oder andere politisch/gewerkschaftliche Organisationen, die die selben Symbole seit Jahren verwenden, habe sich die Stuttgarter Staatsanwaltschaft trotz direkter Aufforderung nicht getraut. Trotzdem werden auch sie, wie viele andere couragierte Antifaschisten von diesem Schandurteil unmittelbar betroffen. Die VVN-BdA werde diese Symbole wie seit der Zeit ihrer Gründung 1947 auch weiterhin benutzen, kündigte Pfennig an.

Jürgen Kamm und dem NIX Gut Versand bleibt zu wünschen, dass sie standhaft bleiben, und dieses Skandalurteil nicht hinnehmen. Pfennig sicherte die solidarische Unterstützung der VVN-BdA beim weiteren Gang durch die Instanzen zu und rief alle Demokraten auf, dieser juristischen Verdrehung der Begriffe richtig und falsch, gut und böse, recht und unrecht, Widerstand entgegen zu setzen.

VVN-BdA Baden-Württemberg

Am 17. September konnte die NPD nicht nur in Mecklenburg Vorpommern Wahlerfolge erzielen, sondern bekanntermaßen auch in den Berliner Bezirken Lichtenberg, Marzahn/Hellersdorf, Neukölln und Treptow/Köpenick. Obwohl die Wahlergebnisse zwischen den Bezirken stark variierten war die Vorgehensweise der NPD überall gleich. Während sich die lokalen Parteigrößen als Biedermänner darstellten, halfen die militanten Neonazis der freien Kameradschaften bei der Drecksarbeit. Dies führte unter anderem zu gewalttätigen Übergriffen auf Veranstaltungen anderer Parteien, was in dem Konzept der NPD als „Kampf um die Straße“ bezeichnet wird. So versuchten Neonazis am 25.08. in Neukölln einen Parteistand der Linkspartei.PDS anzugreifen. Mit Flaschenwürfen und Signalmunition attackierten die Rechten die Standbetreiber, die sich jedoch zur Wehr setzen konnten. Der Wahlkampf in Treptow/Köpenick steht exemplarisch für das Vorgehen der NPD in Berlin. Da sich hier zudem die NPD-Bundeszentrale befindet, der Bundesvorsitzende Udo Voigt persönlich angetreten ist und die NPD den Bezirk als Wahlkampf-schwerpunkt ausgewählt hat, wollen wir diesen im folgendem näher beleuchten.

Während es sich bei Liebenow um einen Köpenicker Altstadt-führer mit dem wirren Wunsch nach einer neuen Monarchie handelt, welchen er zuvor mit einer eigenen Partei und nun auf dem dritten Listenplatz der NPD zu realisieren versucht, ist Udo Voigt im Gegensatz dazu lang-jähriger NPD-Parteivorsitzender. Neben seinen bisher gescheiterten Kandidaturen in Saarbrücken zum Oberbürgermeister und zum Europaparlament 2005 fiel er auf durch strafrechtlich relevante Reden, bei denen er z.B. Jugendliche zum bewaffneten Kampf gegen das politische System in Deutschland aufrief. Wegen solch einer Rede erhielt er am 25.August 2004 eine viermonatige Bewährungsstrafe aufgrund volksverhetzenden Inhalts.

Den Startschuss für den Berliner NPD-Wahlkampf sollte eine Demonstration am 25.03.2006 darstellen. Unter dem Motto „Rote Karte für Rot-Rot“ mobilisierte die Partei an diesem Tag um die 50 Rechtsextreme in die Köpenicker Altstadt. Anmelder des Aufmarsches war Eckart Bräuniger, der neben seiner Tätigkeit als Berlinvorsitzender der NPD, auch für diese im Wahlkreis 2 von Treptow/Köpenick antrat. Bräuniger ist kein unbeschriebenes Blatt in der Berliner sowie bundesweiten Neonaziszene. Für zahlreiche

rechtsextreme Aufmärsche und Veranstaltungen fungierte er als Anmelder, war im Kroatien-Krieg als Söldner aktiv und unterhält enge Kontakte ins Lager der militanten Neonazis sowie der Rechtsrockszene. Im April 2004 wurde er vom SEK bei einer Wehrsportübung im Brandenburger Wald, sowie bei einem von ihm organisierten Konzert im Juni 2004 mit der Band „Spreegeschwader“ und Michael Regener, festgenommen. Bräuniger zählt sich selbst zum „nationalsozialistischen Flügel“ der NPD und macht keinen Hehl aus seiner Gewaltbereitschaft. Zusammen mit Udo Voigt und Fritz Liebenow ist dieser nun seit der Wahl Abgeordneter in der Bezirksverordnetenversammlung in Treptow/Köpenick.

Während es sich bei Liebenow um einen Köpenicker Altstadt-führer mit dem wirren Wunsch nach einer neuen Monarchie handelt, welchen er zuvor mit einer eigenen Partei und nun auf dem dritten Listenplatz der NPD zu realisieren versucht, ist Udo Voigt im Gegensatz dazu lang-jähriger NPD-Parteivorsitzender. Neben seinen bisher gescheiterten Kandidaturen in Saarbrücken zum Oberbürgermeister und zum Europaparlament 2005 fiel er auf durch strafrechtlich relevante Reden, bei denen er z.B. Jugendliche zum bewaffneten Kampf gegen das politische System in Deutschland aufrief. Wegen solch einer Rede erhielt er am 25.August 2004 eine viermonatige Bewährungsstrafe aufgrund volksverhetzenden Inhalts.

Nach den Landtagswahlen 2004 in Sachsen und Brandenburg veröffentlichte die rechts-extreme Zeitung Junge Freiheit unter der Schlagzeile „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“ ein Interview mit Voigt, in welchem dieser Hitler einen „großen deutschen

Staatsmann“ und die BRD ein „illegitimes System“ nannte. Die Staatsanwaltschaft Berlin leitete daraufhin ein Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole ein.

Zwei Monate nach der Auftaktdemonstration zeigte die NPD auch erste wahrnehmbare Wahlkampf-Aktivitäten. Die Kandidaten im Bezirk, allen voran Udo Voigt, versuchten massivst u.A. am 16.05. und 24.05. in Grünau und am 01.06. in Schöneeweide und Adlershof mit NPD-Wahlständen präsent zu sein und als die netten Nazis von nebenan, mittels sozial- und arbeitspolitischen Themen, sich um Bürger-nähe zu bemühen. Parallel dazu versuchten Rechtsextremisten der militanten freien Kameradschaften Wahlveranstaltungen nichtrechtlicher Parteien zu sprengen bzw. wenigstens zu stören. Als Klaus Wowerit am 29.08. bei einer SPD-Kundgebung vor dem S-Bahnhof Schöneeweide sprechen wollte, versammelten sich der ehemalige Anführer der verbotenen Neonazikameradschaft Berliner Alternative Süd-Ost (kurz BASO) Rene Bethage mit einer größeren Gruppe gewaltbereiter Neonazis (u.A. dem wegen Körperverletzung verurteilten Berliner JN-Vorsitzenden Markus Loszczynski) und störten Wowerits Rede. Auch wurden von NPD-Sympathisanten in der Nacht vom 13.08. zum 14.08. gezielt Plakate nichtrechtlicher Parteien abgerissen. Diese Beispiele verdeutlichen, dass während die Kandidaten der NPD auf Stimmenfang gehen und sich bewusst im legalen Rahmen zu halten versuchen, Schützenhilfe von Seiten der Militanten kommt. Die Kooperation ist nicht überraschend, immerhin haben sich doch die meisten vormaligen parteiunabhängigen Neonazis aufgrund anhaltender Repression

bei der NPD eine neue politische Heimat gesucht.

Wie bereits im Bundestagswahlkampf 2005 und auch in Mecklenburg-Vorpommern setzte die NPD gezielt auf Jugendliche und Hartz IV-Betroffene. Mit Hilfe der sog. Schulhof-CD, die z.B. am 06.09. auf dem Adlershofer Marktplatz verteilt wurde, ist versucht worden durch Rechtsrock und Balladen Jugendliche an die Szene heranzuführen und ErstwählerInnen zu gewinnen. Durch platte Parolen wie „Arbeit für Deutsche“ und „Fremdarbeiter stoppen“ soll an vorhandene rassistische Stereotype innerhalb der Gesellschaft angeknüpft werden. Die neuerdings geplanten NPD-Bürgerberatungsstellen für Hartz IV-Betroffene in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern stellen einen weiteren Versuch der NPD dar, sich ein bürgernahes Sozialarbeiterimage zu schaffen und darüber ihre rechte Ideologie zu transportieren.

Anhand des Einzuges der NPD in den Sächsischen Landtag 2004 wird offensichtlich, welche Strategien die Nazis auf parlamentarischer Ebene verfolgen. Zum einen missbrauchen sie die Parlamente als Plattform für ihre menschenverachtende Propaganda, was sie öffentlichkeitswirksam am 27. Januar 2005 zeigten als sie den Angriff auf Dresden als „Bombenholocaust“ bezeichneten und zur Gedenkstunde an die Opfer der Shoa geschlossen den Plenarsaal verließen. Zum anderen wird die Immunität der Abgeordneten bewusst ausgenutzt um rechte Straftäter zu schützen, wie sie bei den Ermittlungen gegen Ex-Mitglieder der verbotenen Nazigruppierung Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) offenbarte. Auch wenn die Bezirksverordneten Neonazis in Lichtenberg, Mar-

am Beispiel Treptow/Köpenick

zahn/Hellersdorf, Neukölln und Treptow/Köpenick bei weitem nicht die gleichen Befugnisse einräumen wie ihren Kameraden im sächsischen Parlament, steht diesen nun jedoch eine größere Bühne für ihre Propaganda und staatlich finanzierte Strukturen zur Verfügung.

Letztlich geht es der NPD um eine weitere Etablierung und Präsenz sowie Normalisierung ihrer nationalsozialistischen Ideologie in der Öffentlichkeit und um die Verankerung und den weiteren Ausbau ihrer Strukturen vor Ort.

Dagegen gilt es mit allen Mitteln entschlossen Widerstand zu leisten!

Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen!

genauen Wortlaut wolle man nicht bekannt geben, sagte ein Polizeisprecher.

Ein jüdisches Mahnmal am Berliner Hansa-Ufer wurde am 28. Juli beschädigt. Nach Polizeiangaben handelte es sich um „politisch unbedeutende Schmierereien“.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland hat im Zusammenhang

Zum Wahlkampf der NPD

ren, wenn sie sich eine große Bühne für ihre Aktionen verschaffen“. Der Sicherheitsbeauftragte des FC St. Pauli sprach von „60 bis 70 Rechtsradikalen“. Er selbst sei im Chemnitzer Fanblock als „Judensau“ beschimpft worden.

Der Lausitzer Rundschau vom 12. April zufolge wurde bereits in der Woche zu-

vor der Sitz der jüdischen Gemeinde in Cottbus (Brandenburg) mit antisemitischen Parolen besprüht. Zur gleichen Zeit seien im Stadtgebiet weitere rechte Schmierereien sowie Hakenkreuze entdeckt worden.

In der Nacht zum 21. April warfen Unbekannte die Scheiben der ehemaligen Synagoge in Görlitz (Sachsen) ein. Die im Jahr 1911 eingeweihte

Synagoge ist die einzige in Sachsen, die unzerstört die Pogromnacht 1938 überstanden hat. Ihre Wiedereröffnung ist für das Jahr 2008 geplant.

In der Nacht zum 24. April verwüsten Unbekannte in Bebra (Hessen) einen jüdischen Friedhof. Sie beschmierten 28 Grabsteine mit nationalsozialistischen Symbolen.

Am 16. Mai entdeckte die Berliner Polizei Beschädigungen auf dem Friedhof Adlershof an der Friedländer Straße. Unbekannte hatten 30 Grabsteine umgeworfen, darunter einen, der an die Verfolgten des NS-Regimes erinnert.

Am 22. Juni wurden im Berliner Stadtteil Wilmersdorf antisemitische Schmierereien entdeckt. Eine Schau-

tafel in der Franzensbader Straße, die darauf hinweist, dass sich an diesem Ort früher eine Synagoge befand, war mit rotem Filzstift angemalt worden.

In der Nacht zum 17. Juli wurde ein Mahnmal zur Erinnerung an den Holocaust auf dem Schulhof einer Realschule in Viersen (Nordrhein-Westfalen) schwer beschädigt. Mit einer Gehwegplatte wurde der 1 Kubikme-

ter große Glaswürfel zerstört, der 1,5 Millionen Knöpfe enthält. Sie symbolisieren die 1,5 Millionen Menschen, die im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau umgebracht wurden. Polizeibeamte, die das Klirren des Glases und antisemitische Parolen gehört hatten, nahmen noch auf dem Schulgelände zwei der mutmaßlichen Täter zwischen dem 20. und 23. Juni fest, zwei weitere ermittelten sie am nächsten Tag.

Am 18. Juli griffen in Königs-Wusterhausen (Brandenburg) zwei junge Männer einen österreichischen Touristen an, der eine israelische Fahne bei sich trug. Die Unbekannten im Alter von 19 bis 20 Jahren entrißen dem 43-jährigen Mann die Fahne, beschimpften ihn mit antisemitischen Sprüchen und drohten damit, die Fahne zu verbrennen. Als ein anderer Tourist eingriff und die

Antisemitismus und Rassismus: Alltag in deutschen Fußballstadien

Eine Bestandsaufnahme aus TeBe-Perspektive - Antisemitismus gegen TeBe

Tennis Borussia und seine Fanszene sind seit jeher stark mit Rechtsradikalismus konfrontiert. Die Tatsache, dass die traditionsreiche Historie des Clubs von zahlreichen jüdischen Mitgliedern entscheidend mitgeprägt wurde, bietet immer wieder Projektionsflächen für latent bis offen antisemitische Schmähungen. Speziell in den Phasen, als der Club finanzielle Anstrengungen unternahm, um an vergangene Erfolge anzuknüpfen, fanden sich selbst in Teilen der Medienberichterstattung traditionelle antisemitische Stereotype wieder, während die Spieler von den Rängen als „Hakennasen“ und „Schacherjuden“ beschimpft, bespuckt und teilweise auch körperlich attackiert wurden. Die zahlreichen Erfahrungen während der 90er Jahre, als man zu Auswärtsspielen bei Union Berlin oder Dynamo Dresden mit Gesängen wie „TeBe verreck, Juden dreck!“, „Zyklon B für Scheiß-TeBe“ oder „Hans Rosenthal, der alte Jude, ist tot“ empfangen wurde, haben das Selbstverständnis der TeBe-Szene bis heute geprägt: Man pflegt einen selbstbewusst-offensiven Umgang mit der jüdischen Tradition des Clubs, als auch den sich daraus ergebenden Klischees und geht gegen Chauvinismus, Rassismus oder Antisemitismus innerhalb der eigenen Szene äußerst konsequent vor.

Fankurven als Freiraum für Rassisten und Judenhasser

Vielorts sieht das immer noch anders aus. Bis heute gehören Fußballstadien zu den Orten, an denen enthemmt und unsanktioniert die rassistische bzw. antisemitische Sau rausgelassen werden darf, an denen im kollektiven Alkoholrausch gesellschaftliche Tabus ausgehebelt werden und stumpfer Chauvinismus regiert - bislang zumeist geduldet von einer schweigenden Mehrheit im Stadion und ignoriert von den Clubs und Verbänden.

Auch in anderen europäischen Ländern sind die Zustände alarmierend: In Polen gehört der Ruf „Juden“ zu den populärsten

Beleidigungen an die Adresse der gegnerischen Kurve, in den Niederlanden werden die Gastspiele von Ajax Amsterdam in vielen Arenen von einem vielkehligen Zischen, welches an das einströmende Gas aus den Nazi-Vernichtungslagern erinnern soll, begleitet. Und hierzulande machten sich die Fans von Energie Cottbus im vergangenen Winter sogar die Mühe, dem Rivalen Dynamo Dresden „zu Ehren“ ein Transparent mit einem von der Aufschrift „Juden“ eingerahmten Dresdener-Logo anzufertigen.



Spätes Erwachen der Verbände

Nachdem Netzwerke wie „FA-RE“ (Football Against Racism in Europe) bei den Funktionären jahrelang auf relativ taube Ohren stießen, beginnt sich in den Verbänden neuerdings etwas zu tun. So hat die FIFA beispielsweise einen Disziplinarcode verabschiedet, der klare Sanktionen für rassistisches Verhalten vorsieht und die Clubs für die Geschehnisse in ihren Stadien hart in die Pflicht nimmt. Diese Regelung wurde im September dieses Jahres vom DFB-Bundestag übernommen. Nicht ohne Folgen, denn schon kurz darauf stand die Bundesliga-Partie zwischen Alemannia Aachen und Borussia Mönchengladbach aufgrund rassistischer Gesänge beider(!) Fanlager kurz vor dem Spielabbruch. Letztendlich kamen die beteiligten Clubs mit einer Geldstrafe davon.

Verlagerung der Problematik nach unten

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Verschärfung der möglichen Strafen auswirkt. Speziell in den unteren Spielklassen, die weniger im Fokus der Medienberichterstattung stehen, sind rassistische, antisemitische wie auch homophobe Entgleisungen an der Tagesordnung. Fans des 1.FC Lok Leipzig formierten sich in der vergange-

nen Saison bei einem Auswärtsspiel zu einem „menschlichen Hakenkreuz“, während Hallenser Fans wiederholt den dunkelhäutigen Leipziger Spieler Ogungbure beleidigten und bedrohten. In der Berliner Verbandsliga bezeichnete ein Spieler von Viktoria 89 den Schiedsrichter als „Juden“ und wurde daraufhin des Feldes verwiesen. Zunächst angekündigte Konsequenzen seitens des Vereins gegen den Spieler blieben aus.

Pogromstimmung gegen Makkabi Berlin in Treptow

Trauriger Höhepunkt der jüngsten Vorfälle waren jedoch Attacken gegen Spieler des jüdischen Fußballvereins TuS Makkabi Berlin. Dem Club, der ursprünglich 1898 gegründet wurde und in Berlin zwischenzeitlich knapp 40.000 Mitglieder hatte, wurde 1938 von den Nazis aufgelöst.

Erst 1970 fand die Neugründung statt und seitdem muss sich der Verein nicht nur mit organisatorischen Problemen (erst 2005 fand der Club eine feste Heimat im Charlottenburger Eichkamp), sondern immer wieder auch mit antisemitischen Äußerungen seitens gegnerischer Spieler oder ZuschauerInnen herumschlagen. Die Vorfälle beim Auswärtsspiel bei der VSG Altglienicke jedoch stellen eine neue Qualität dar: Bereits vor Anpfiff fallen seitens der ZuschauerInnen erste nazistische Äußerungen. Mit Spielbeginn findet sich eine knapp fünfzehnköpfige Gruppe rund um die Einwechsellbank der Heimmannschaft ein, einige darunter offensichtlich den Spielern der VSG persönlich bekannt. Sie begleiten das Spielgeschehen mit antisemitischen Pöbeleien und Gesängen wie „Synagogen müssen brennen“, „eine U-Bahn nach Auschwitz bauen wir“ und „Hier regiert die NPD“. Deutlich hörbar für jeden, nur für einen nicht: Den Schiedsrichter Klaus Brüning¹. Dieser behauptet, von den Makkabi-Spielern auf das ungeheuerliche Geschehen angesprochen, allen Ernstes, keine Nazi-Parolen zu hören. Den Gasttrainer hingegen, ebenfalls am Spielfeldrand stehend, ver-



steht er so gut, dass er ihn wegen Beleidigung des Feldes verweist. Makkabi-Spieler, die den Unparteiischen auffordern, etwas gegen die Pöbeleien zu unternehmen, sehen die Gelbe Karte. Als eine Viertelstunde vor Abpfiff die erneute Aufforderung des Makkabi-Spielers Liebmann, den nazistischen Äußerungen Einhalt zu gebieten, mit der gelb-roten Karte bestraft wird, entschließt sich die Mannschaft des Tus Makkabi, das Feld zu verlassen. Vor der Umkleidekabine werden die Gastspieler erneut beschimpft und körperlich bedroht.

Lebenslange Sperre für den Schiedsrichter

Das Nachspiel auf Verbandsebene lässt zunächst nichts Gutes ahnen: Die Verantwortlichen der VSG verlegen sich auf die Strategie, nur das zuzugeben, was überhaupt nicht zu leugnen ist und ansonsten zu mauern. Ein noch am Abend des Spiels verfasstes Statement des VSG-Jugendkoordinators, in welchem sich dieser bei Makkabi für die Vorfälle entschuldigt, wird flugs von der Vereins-Homepage entfernt, das Diskussionsforum abgeschaltet. Gleichzeitig lässt die zögerliche Reaktion des Verbandes den Verdacht aufkommen, dass die Vorkommnisse, wie so häufig in der Vergangenheit, ausgesessen werden sollen. Aus Enttäuschung darüber entschließt sich Makkabi eine Woche nach dem Spiel dazu, die Vorkommnisse öffentlich zu machen und erzeugt ein starkes Medienecho - auch DFB-Chef Zwanziger schaltet sich persönlich ein. So kommt es am 13. Oktober zu einem Sportgerichtsurteil, das durchaus Zeichen setzt: Schiedsrichter Brüning erhält eine lebenslange Sperre. Die VSG Altglienicke kommt zwar ohne Geldstrafe davon, erhält allerdings die für einen Kreisligisten kostenintensive Auflage, für den Rest der Saison zu jedem Heimspiel fünf Ordner zu stellen, um eine Wiederholung derartiger Vorkommnisse zu verhindern.

TuS Makkabi Berlin e.V.
Passauer Straße 4
10789 Berlin
Tel: 030 / 218 47 08
Fax: 030 / 23 62 72 86
@: makkabi-berlin@snafu.de
www.makkabi-berlin.de/

fare - Fußball gegen Rassismus in Europa: <http://de.farenet.org>

BAFF Bündnis aktiver Fußballfans
www.aktive-fans.de

Abbildungen ärgert und selbst Hand anlegt, um die Blätter zu beseitigen, riskiert schwere Schnittverletzungen.“, heißt es im Polizeibericht.

Am 12. August bemerkten Berliner Polizeibeamte an einer Autobahnbrücke in Altglienicke antisemitische Parolen und ein Hakenkreuz.

teilzunehmen. Die beim Stande von 4-1 für Altglienicke abgebrochene Partie wird wiederholt.

Gemessen an der früher gewohnten Bagatelisierung ähnlicher Vorfälle ist dieses Urteil ein Indiz dafür, dass sich bei den Verbänden endlich etwas bewegt. Gerade an die Adresse der Schiedsrichter stellt es ein unmissverständliches Signal dar, dass dem rassistischen Pöbel auch bei unterklassigen Spielen keine Toleranz mehr entgegengebracht werden wird. Nun ist es an den Clubs, die Lehren aus dem Urteil zu ziehen und im eigenen Umfeld aufzuräumen. Der Fußballplatz als Reservat für Antisemiten und Rassisten muss endlich der Vergangenheit angehören.

Tebe Fans (E:Block) gegen Rassismus und Antisemitismus !

Makkabi chai.- Makkabi siegt!

Vergleiche Jan Buschbom „Millionäre - Söldner - Juden“, Archiv der Jugendkulturen, 2001. Download unter: http://www.jugendkulturen.de/_data/10veilchen.pdf

¹ Was in der Medienberichterstattung bislang keine Erwähnung fand: Brüning war in der Vergangenheit nicht nur Schiedsrichterobmann des BFC Dynamo (einem Club mit weitreichenden Verflechtungen zur rechtsradikalen Szene), sondern gehörte zwischenzeitlich sogar dem Vereinsvorstand des BFC an.

TuS Makkabi Berlin e.V.
Passauer Straße 4
10789 Berlin
Tel: 030 / 218 47 08
Fax: 030 / 23 62 72 86
@: makkabi-berlin@snafu.de
www.makkabi-berlin.de/

fare - Fußball gegen Rassismus in Europa: <http://de.farenet.org>

BAFF Bündnis aktiver Fußballfans
www.aktive-fans.de

Ebenfalls am 12. August entdeckten Objektschutzkräfte der Berliner Polizei Beschädigungen am Mahmal für die ehemalige Synagoge Letzowstraße in Moabit. Ein Granitblock und der Waggon waren beschmiert worden.

Wie der Tagesspiegel berichtete, beschimpften Fans des Fußballvereins VSG Altglienicke II während eines Kreisligaspiels am 26. September in

GEGEN DAS Heldengedenken IN HALBE

Schon 1990 und 1991 versammelte sich die militante Naziszene der Bundesrepublik am „Volkstrauertag“ in Halbe. Danach wurde der Naziaufmarsch bis zum Jahr 2002 verboten.

Seit 2003 führt der Nazi-Verein Freundeskreis Halbe e.V. alljährlich im November am Vortag des „Volkstrauertags“ hier sein „Heldengedenken“ durch. Ziel der Naziaufmärsche ist der Waldfriedhof von Halbe, der größte Soldatenfriedhof in der BRD. 2003 fand das „Heldengedenken“ mit etwa 700 TeilnehmerInnen unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten“ statt.

Das Ziel der Nazis ist es, diesen Friedhof als Symbol, als NS-Wallfahrtsort zu etablieren. Mit der Ehrung der toten Soldaten und der Leugnung der deutschen Verbrechen versuchen sie den Nationalsozialismus und den Krieg zu verklären. Diese offene Bezugnahme auf die Heldenmythen des „Dritten Reichs“ garantiert den Organisatoren hohe Teilnehmerzahlen.

Nachdem im November 2005 der Aufmarsch von 1.700 Neonazis durch ein breites gesellschaftliches Bündnis gestoppt werden konnte und der „Rudolf Hess-Gedenkmarsch“ in Wunsiedel zum zweiten mal verboten wurde, mobilisiert die rechtsradikale Szene verstärkt nach Halbe. Am

11.März 2006 marschierten - quasi als Revanche für ihr Scheitern im November - rund 800 Nazis in dem kleinen brandenburgischen Ort auf und führten unter Trommelwirbel einen Fahnenappell durch.

Die Chancen für die Nazis am 18.November ihren „Heldengedenktag“ im brandenburgischen Örtchen Halbe bei Berlin durchzuführen zu können, sind auch dieses Jahr nicht schlecht.

Zwar will die Brandenburger Landesregierung mit einer politisch zweifelhaften Initiative das Versammlungsgesetz ändern, mit der „Lex Halbe“ sollen Versammlungen an Gräberstätten in Brandenburg künftig grundsätzlich verboten sein, aber damit wäre es Polizei und Versammlungsbehörden lediglich möglich eine Bannmeile um den Friedhof zu ziehen und den Nazi-Aufmarsch auf Halbes Ortskern zu beschränken. Ein Verbot wie im bayrischen Wunsiedel, welches auf die offene NS-Verherrlichung des dortigen Hess-Marsches abhob, ist in Halbe nach Aussagen der Innenbehörden nicht möglich, da ein klarer NS Bezug der Naziveranstaltung nicht zu erkennen sei. (Ob das Gesetz tatsächlich wie geplant Anfang November verabschiedet wurde stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.)

Die vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit praktizierte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Polizei und Ämtern macht es jedoch abhängig von staatlichen Wohlwollen und damit auch vom CDU Innenminister und Rechtsaußenpolitiker Jörg Schönbohm. Der geriet im Frühjahr dieses Jahres in die Schlagzeilen, als er anlässlich der Befreiungsfeier des KZ Sachsenhausen die KZ-Opfer in einem Atemzug mit den Insassen des späteren sowjetischen Speziallagers auf dem Areal nannte. Er unterstützt zwar zusammen

So wird es wieder die Aufgabe von antifaschistischen Gegende-

monstrantInnen sein, den Nazis wie im November 2005 den Weg zu verstellen. Dazu sind zwei Protestveranstaltungen angemeldet die den Nazis die „Marschrouten“ streitig machen wollen. Das beim Brandenburger Ministerium für Bildung, Jugend und Sport angesiedelte Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit will zusammen mit dem lokalen Aktionsbündnis gegen Helden- gedenken und Naziaufmärsche in Halbe wie 2005 einen „Tag der Demokraten“ durchführen. Unabhängige Antifagruppen des Berlin Brandenburger Bündnisses ‚NS-Verherrlichung Stoppen‘ haben zusammen mit dem Berliner VVN BdA eine antifaschistische Kundgebung auf der Naziroute angemeldet.

Die vom Aktionsbündnis gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit praktizierte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Polizei und Ämtern macht es jedoch abhängig von staatlichen Wohlwollen und damit auch vom CDU Innenminister und Rechtsaußenpolitiker Jörg Schönbohm. Der geriet im Frühjahr dieses Jahres in die Schlagzeilen, als er anlässlich der Befreiungsfeier des KZ Sachsenhausen die KZ-Opfer in einem Atemzug mit den Insassen des späteren sowjetischen Speziallagers auf dem Areal nannte. Er unterstützt zwar zusammen

NS-Verherrlichung in Halbe stoppen!

Unser Ziel ist es, diesem spenstischen Treiben ein Ende zu setzen.

Deshalb beteiligen wir uns an den Protesten in Halbe, deshalb werden wir - linke und antifaschistische Initiativen aus Berlin und Brandenburg - sie durch einen eigenständigen entschieden antifaschistischen Beitrag unterstützen und ergänzen.

NS-Verherrlichung stoppen - Naziaufmarsch verhindern!

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Kommt am 18.November ab 10.00 Uhr nach Halbe

Antifaschistische Initiative Moabit (korporiertes Mitglied im VVN-BdA Berlin) für das Berlin-Brandenburger Bündnis NS-Verherrlichung stoppen!

Weitere Infos unter: www.redhalbe.de.vu

mit dem Nahost-Konflikt eine wachsende antisraelische und antisemitische Stimmung in Deutschland registriert. Das berichtete die taz am 28. Juli. Der Zentralrat erhalte täglich rund 200 e-mails, von denen der größte Teil so negativ sei, „dass die Grenze zum Antisemitismus überschritten wird“, sagte der Generalsekretär Ste-

phan Kramer. Bei Solidaritätsdemonstrationen für Israel seien Teilnehmer bespuckt und angegriffen worden.

Am Morgen des 29. Juli wurde in eine Stele des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin ein Hakenkreuz eingegraben. Hinweise auf die Täter gibt es nach Angaben der Polizei nicht.

Am 31. Juli entdeckte eine Polizeistreife in Berlin-Lichtenberg 14 Plakate mit antisemitischen Texten und Karikaturen an Abfallbehältern und Verteilerkästen. Am darauf folgenden Wochenende mussten weitere Plakate von Baucontainern entfernt werden. Die Polizei warnt davor, die Plakate selbst zu entfernen, da Glassplitter in den Kleister gemischt worden seien. „Wer sich über die Texte oder

TERMINE

Niemand hat die Absicht, ein Ausreisezentrum zu errichten...

So verkündete es der rot-rote Senat noch in den Koalitionsvereinbarungen der letzten Legislaturperiode. Faktisch wird jedoch still und heimlich die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Berlin¹ in der Spandauer Motardstraße 101a durch ein Ausreisezentrum ergänzt.

Ausreisezentrum ist der Tarnname für die überall in der BRD errichteten Abschiebelager, deren Ziel es ist, auf die dort eingewiesenen MigrantInnen so lange Druck auszuüben, bis sie "freiwillig" ausreisen. Die Berliner Behörden weisen Menschen mit Duldung auf Grundlage von § 1a Asylbewerberleistungsgesetz in das in einem abgelegenen Spandauer Industriegebiet liegende Abschiebelager ein. Zurzeit sind dort 424 Menschen untergebracht, 246 Asylsuchende, 178 Menschen mit Duldung, davon insgesamt 86 Kinder und Jugendliche (Stand: Juni 2006) Sie erhalten keinen gesicherten Aufenthaltsstatus, sondern lediglich Duldungen, die immer nur um wenige Monate verlängert werden. Durch diese Zermürbungsstrategie leben die Betroffenen in ständiger Angst vor der Abschiebung. Ein Abschiebelager bedeutet offener Vollzug von Abschiebehaft. Statt finanzieller Bezüge gibt es einen Schlafplatz im Lager und täglich abzuholende Essenspakete. Aufgrund des Arbeitsverbotes, der massiven Einschränkung der Bewegungsfreiheit durch die Residenzpflicht und ohne Möglichkeit, selbst für den Lebensunterhalt zu sorgen, müssen die betroffenen weitgehend entrechtet unter den Bedingungen des Abschiebelagers leben.

Verwaltet wird das Lager von der AWO Mitte, für die Essensversorgung ist die Firma Dussman zuständig. Während Dussmann in ihrem "Kulturkaufhaus" aufwendig gestaltete Kochbücher für die Zubereitung kulinarischer Köstlichkeiten verkauft, setzt sie den Menschen in der Motardstraße nahezu ungenießbaren Fraß vor - eintönige, miserabel schmeckende Gerichte ohne Vitamine und Nährstoffe, die in Aluschalen angeliefert werden.

Zusammen mit der perspektivlosen Dauersituation des unsicheren Aufenthaltes, drohender Abschiebung und dem mit der Lagerunterbringung verbundenen Ausschluß aus der Gesellschaft, werden Menschen, die als Asylsuchende oft bereits traumatisierende Erfahrungen gemacht haben, mit voller Absicht auf eine extreme Belastungsprobe gestellt, die bis zum psychischen Zusammenbruch, dem sogenannten Lagerkollaps führen kann.

Diese staatlich verordnete Diskriminierung, Entwürdigung und Entrechtung von MigrantInnen wird von der AWO und Dussmann mitgetragen. Sie machen sich damit zu Handlangern der rassistischen staatlichen Politik und sie profitieren von dem Geld, das sie für das Betreiben des Lagers und die Essensversorgung einstreichen.

Die Abschiebelager sind Teil eines europaweiten Lagersystems, welches wiederum Teil einer umfassenden Abschottungsstrategie der EU - Staaten gegen "unerwünschte" MigrantInnen ist. Diese Abschottung wird deswegen auch oft als "Festung Europa" beschrieben. Diese wird nach aussen hin mit militärischen Mitteln und tödlichen Folgen², nach innen mit einem System aus Lagern, rassistischen Gesetzen und Behörden, die diese Sondergesetze mit großem Eifer umsetzen, durchgesetzt.

Die BRD als Nachfolgestaat des dritten Reiches hat das Recht auf Asyl, eine der wenigen Konsequenzen aus dem Nationalsozialismus, 1993 abgeschafft und seitdem die europäische, auf rassistischen Ausschlußkriterien beruhende, Abschottungspolitik maßgeblich vorangetrieben. 60 Jahre nach dem Holocaust können deutsche PolitikerInnen federführend rassistische Politik mitgestalten und im eigenen Land Menschen lediglich aufgrund ihres fehlenden deutschen PASSES diskriminieren, entwürdigen und entrechteten. Deutsche Polizisten können z.B. in Dessau den Asylbewerber Oury Jalloh ermorden und gefesselt in der Ausnüchterungszelle verbrennen lassen ohne ernsthafte Konsequenzen befürchten zu müssen.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass in Deutschland wieder Menschen in Lager gesperrt und von der restlichen Bevölkerung separiert werden.

Weg mit dem rassistischen Lagersystem! ProfiteurInnen rassistischer Politik, wie z.B. AWO und Dussmann stoppen! Weg mit der Festung Europa und Grenzen auf für alle!

¹ ZAST, dort werden AsylbewerberInnen zuerst aufgenommen

² jedes Jahr sterben tausende Menschen bei dem Versuch die EU - Aussengrenzen zu überwinden, z.B. durch Ertrinken im Mittelmeer/Atlantik

Weitere Infos:

www.nolager.org

www.nolager.de

www.ausreisezentren.de

www.deutschland-lagerland.de

www.chipkartenini.squat.net

08.11.2006, 17 Uhr

Wie ich den Holocaust in des Teufels Werkstatt überlebte - Die Geldfälscherwerkstatt der Nazis im KZ Sachsenhausen
Ein Zeitzeugengespräch mit Adolf Burger aus Prag.

Adolf Burger, 1917 als Kind jüdischer Eltern in der Slowakei geboren, schloß sich früh der kommunistischen Bewegung an.

Im August 1942 gemeinsam mit seiner Frau verhaftet und mit vielen anderen jüdischen Gefangenen nach Auschwitz deportiert, wurde Adolf Burger nach 18 Monaten in Auschwitz aufgrund seiner Ausbildung als Buchdrucker und Setzer in das KZ Sachsenhausen verlegt. Dort wurde er der Geldfälscherkolonne zugeteilt, die ausländische Währungen, Pässe und Briefmarken fälschen musste. Zum Ende des Krieges hin wurden alle 144 Häftlinge der Geldfälscherkolonne samt Ausrüstung ins KZ Mauthausen verlegt und von dort in das KZ Ebensee, wo 135 von ihnen zusammen mit etwa 12.000 anderen Häftlingen am 5. Mai 1945 die Befreiung durch amerikanische Truppen erlebten. Adolf Burger lebt in Prag. Er ist einer der letzten Zeitzeugen aus dem Geldfälscherkommando.

Alice-Salomon-Fachhochschule, Alice-Salomon-Platz, 12627 Berlin (Nähe U-Bhf. Hellersdorf)

09.11.2006, 19.30 Uhr

"Zwangspanychiatrie und ihre Vorhöfe"

Vortrag NS-Psychiatrie und Kontinuitäten:

Die psychiatrischen Menschenrechtsverletzungen finden ihren Höhepunkt im Massenmord der NS-Zeit (Vergasungen, Ermordung durch Gift und durch Verhungern lassen). Ernst Klee hat es auf den Punkt gebracht: "Nicht die Nazis haben die Ärzte gebraucht, sondern die Ärzte die Nazis." Der psychiatrische Blick, die Unterteilung in 'Menschen' und 'Untermenschen', ist ebensowenig mit den Nazis gekommen, wie er mit ihnen gegangen ist. Die verschiedenen Ausprägungen der Psychiatrie der letzten 150 Jahre verbindet bis heute ein gemeinsames Element: Zwang und Gewalt.

Die Täter von damals werden geschützt, bestes Beispiel: Karl Bonhoeffer - geistiger Brandstifter, bis 1938 Leiter der Psychiatrie der Charité und als Gutachter am NS-Erbgesundheitsgericht für Zwangssterilisationen verantwortlich. Er wird bis heute verehrt, u.a. ist eine Straße auf dem Campus der Berliner Charité nach ihm benannt...

anschließend um 21.00 Uhr

Film: „Hospital der Verklärung“

Polen 1978, 90 min, R: Edward Zebrowski, nach Stanislaw Lem

Ein junger polnischer Arzt, der im Herbst 1939 seine erste Stelle an einer Klinik für Geistesranke antritt, findet zu sich selbst und seiner Aufgabe, als die SS die Klinik besetzt und die Kranken liquidiert.

Verfilmung des schon 1948 geschriebenen, aber erst 1974 in seiner ursprünglichen Form veröffentlichten ersten Romans von Stanislaw Lem.

Eine Veranstaltung des Videokinos Kastanie 85 und der Irren-Offensive e.V.

in der Kastanienallee 85, unterm Cafe Morgenrot

10.11.06, 18.00 Uhr

Gedenken und Erinnern an den 9.November 1938

Mit den ZeitzeugInnen und AutorInnen Dr. Inge Lammell und Walter Kaufmann

Es spielt die Klezmerband TRAJDIRIDROM

Ehemaliges Jüdisches Waisenhaus in Pankow

VVN-BdA Berlin e.V.

Berliner Straße 120/121, 13187 Berlin

18.11.06, 10.00 Uhr

Kein Heldengedenken in Halbe - NS-Verherrlichung in Halbe stoppen!

Weitere Infos unter: www.redhalbe.de.vu

19.11.2006, 15.00 Uhr

„Als die Braunen kamen. Eine jüdische Familie im Widerstand.“

Peter Neuhof liest aus seinem Buch

VVN-VdA Reinickendorf

Roter Laden, Schlosstraße 22, 13507 Berlin

Aktionswochen gegen Antisemitismus

9.November 2006 bis 27.Januar 2007

in Bernau (bei Berlin)

Veanstalter: Antifaschistische Aktion Bernau, Polit-AG des Dosto

Nähere Infos unter: <http://www.aktionswochen-bernaue.tk>